

Unternehmensfinanzierung sichern, Kreditklemme vermeiden – 10 Thesen des BDI –



**Wirtschafts- und
Industriepolitik**

Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen: Die Finanzmarktkrise hat gravierende Spuren in der deutschen Wirtschaft hinterlassen. Die Politik hat schnell, entschlossen und mutig gehandelt, als es darum ging, die System bedrohende Krise zu entschärfen. Bankenrettung und Konjunkturpakete waren richtige und wichtige Maßnahmen. Die Finanzmärkte haben sich seither sichtlich stabilisiert. Auch in konjunktureller Hinsicht hat die deutsche Wirtschaft Boden wett gemacht. Die wahren Herausforderungen stehen jedoch noch bevor, die Krise ist noch nicht ausgestanden. Immer mehr Unternehmen geraten in den Strudel von Konjunkturschwäche, Bonitätsverschlechterung und stockendem Geldfluss. Hier liegt vielleicht das größte Risiko, das einem selbsttragenden Aufschwung im Wege steht.

Dokumenten Nr.
D 0313

Datum
30. November 2009

Seite
1 von 8

Die Industrie hat die große Sorge, dass sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen im kommenden Jahr auf breiter Front weiter verschlechtern. Insbesondere der hohe Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf auf Kredite und Wertpapiere belastet die Eigenkapitaldecke der Banken und damit den Spielraum für Neukredite an Unternehmen. Als problematisch erweist sich auch die Prozyklizität der Risikobewertung. Zudem werden neue – geplante und von den Märkten bereits antizipierte – Eigenmittelanforderungen die Handlungsspielräume der Banken, die Wirtschaft mit Finanzmitteln zu versorgen, weiter einschränken. Dies könnte eine spürbare Belastung der Aufschwungsdynamik zur Folge haben.

Dem muss frühzeitig entgegengewirkt werden. Der BDI sieht hierbei zuallererst die Banken in einer hohen Verantwortung, auch, weil die Wirtschafts- und Finanzkrise hier ihren Anfang nahm. Die betriebswirtschaftlichen Zwänge der aktuellen Situation sind evident, die Handlungsspielräume eng. Auch mögen die Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen nicht alle Erwartungen erfüllen. Gleichwohl müssen die staatlichen Hilfsangebote auch in ihrer politischen Dimension gesehen werden. Auch der Staat kann und muss noch entschlossener zur Entschärfung der Probleme beitragen: Dies ist nicht allein eine Frage von Hilfsprogrammen, wenngleich diese einer permanenten Evaluierung unterzogen werden und gegebenenfalls angepasst werden müssen. Wichtiger jedoch: Die Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert weitreichende politische Entscheidungen über neue Regeln für die Finanzmärkte, die immer auch die realwirtschaftlichen Konsequenzen ausreichend im Blick behalten müssen.

Der BDI appelliert deshalb mit Nachdruck an Politik und Kreditwirtschaft, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung der deutschen Wirtschaft nachhaltig zu sichern, zugleich aber auch die Finanzmärkte stabiler und krisenfester zu machen. Letztlich bilden funktionsfähige Finanzmärkte die Basis auch für eine reibungslose Unternehmensfinanzierung.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1422
F: 030 2028-2422

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
R.Kudiss@bdi.eu

1. Hohe Verantwortung der Banken für Wirtschaft und Gesellschaft!

Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass grundlegende Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft missachtet wurden. Das Haftungsprinzip wurde nicht nur auf den Kredit- und Verbriefungsmärkten außer Kraft gesetzt. Wichtig ist, daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Zwangsverpflichtungen zur Kreditvergabe wären der falsche Weg, besser sind richtige ökonomische Anreize und gute Regelwerke. Das Finanzsystem muss wieder mit der Realwirtschaft rückgekoppelt werden. Banken müssen die Finanzprodukte, die die Industrie für ihr Geschäft dringend benötigt, in den Markt zurückzubringen. Auf keinen Fall dürfen sie wieder ins Kurzfristendenken zurückfallen, die langfristigen Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft sollten Maßstab ihres Handelns sein. Die Industrie, insbesondere der industrielle Mittelstand, braucht auch künftig Hausbanken, die als verlässlicher Partner auch in schwierigen Situationen zur Seite stehen. Es liegt im eigenen Interesse der Banken, dass der Kreditmotor wieder rund läuft. Das emotionale und mediale Potenzial einer drohenden Kreditklemme darf nicht unterschätzt werden.

BDI-Position

- *Die praktizierten Ratingverfahren sind für normale Konjunkturzyklen ausgelegt. In der aktuellen Krise überzeichnen sie das Ausfallrisiko. Selbst Unternehmen mit guten Daten leiden unter der Ratingkorrektur, wenn ihre Branche pauschal herabgestuft wird. Viele Unternehmen haben trotz schlechter Lage wieder bessere Perspektiven. Die Banken sollten stärker die Chancen in den Blick nehmen. Hierzu sind die Ratingsysteme entsprechend zu justieren.*
- *Von den Banken sollte insbesondere auch erwartet werden können, dass sie die staatlicherseits eröffneten Verbesserungen, etwa bei der Exportkreditversicherung, stärker nutzen, damit die Erleichterungen auch bei der Wirtschaft ankommen.*
- *Die Banken sollten jede Möglichkeit zur Eigenkapitalentlastung nutzen, z.B. über die Gründung von „Bad Banks“, um auch aus eigener Kraft bestehende Bilanzrestriktionen, die ihre Geschäftstätigkeit begrenzen, zu überwinden. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz muss, um seine Bilanz entlastende Wirkung entfalten zu können, überarbeitet werden. Unterstützende staatliche Maßnahmen sollten sicherstellen, dass die dadurch eröffneten bilanziellen Spielräume auch für Neukredite an die Wirtschaft genutzt werden. Der Gesetzgeber sollte das Bad-Bank-Gesetz so überarbeiten, dass es über eine wirkliche Entlastung der Bankbilanzen einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung einer drohenden Kreditverknappung zu leisten vermag.*
- *Viele der Risiken, die in Kauf genommen wurden, sind vom Bank-Management entweder nicht beachtet oder nicht verstanden worden. Die Banken müssen daher ihr Risikomanagement dringlichst verbessern. Notwendig sind insbesondere auch Vergütungssysteme, die Fehlentwicklungen in der Finanzbranche künftig vermeiden helfen.*

2. Zugangshürden zum Kredit- und Bürgschaftsprogramm beseitigen!

Um die Kreditversorgung der Wirtschaft zu sichern, hat die Bundesregierung nicht zuletzt mit dem „Wirtschaftsfonds Deutschland“ ein umfangreiches Kredit- und Bürgschaftsprogramm aufgelegt. Haftungsfreigestellte Kredite, Bürgschaften, Ausfallgarantien für Kreditversicherungen, Erleichterungen bei Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung haben in der aktuell schwierigen Lage wichtige unterstützende Funktion. Trotz der zahlreichen und umfänglichen Maßnahmen bleiben jedoch Zweifel, ob damit eine ausreichende Kreditversorgung zu angemessenen Konditionen gesichert werden kann.

BDI-Position

- *Für viele Unternehmen sind die Anforderungen an Bonität und Sicherheiten weiterhin zu hoch, um an den Förderprogrammen partizipieren zu können.*
- *Mit den neuen KfW-Globaldarlehen haben die Banken die Möglichkeit, flexible und maßgeschneiderte Kredite für mittelständische und große Unternehmen zu refinanzieren. Das Programm könnte effektiver sein, wenn Globaldarlehen mit einer partiellen Haftungsfreistellung ausgestattet wären.*
- *Die zugesagten Kredite und Bürgschaften machen nur einen Bruchteil der von den Unternehmen beantragten Mittel aus. Der Bearbeitungsstau muss zügig abgearbeitet werden, die Bearbeitungszeiten dauern weiterhin zu lange.*
- *Der „Finanzierungsdschungel“ ist, auch angesichts der beschlossenen zahlreichen neuen Programme, für die Unternehmen nicht mehr überschaubar. Die Förderprogramme sollten insgesamt besser verzahnt werden.*

3. Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes beugt Kreditklemme vor!

Die Verbriefungsmärkte als Instrument zur Refinanzierung und Portfoliosteuerung sowie zum Risikomanagement der Banken sind momentan nur noch sehr beschränkt funktionsfähig. Verbriefungen bewirken eine Eigenkapitalentlastung und stellen damit ein wichtiges Instrument dar, um einer möglichen Kreditklemme entgegenzuwirken.

BDI-Position

- *Die Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, um die Finanzierung der Unternehmen zu sichern.*
- *Hohe und wirksame Qualitätsstandards könnten die Grundlagen für ein „Premiumsegment“ deutscher Mittelstandsverbriefungen bilden und so das Vertrauen der Investoren stärken. Mit den KfW-Plattformen Promise und Provide sowie der TSI-Zertifizierung wurden Marken geschaffen, auf denen aufgebaut werden kann.*

- *Ein ausreichend hoher Selbstbehalt der verbriefenden Institute sorgt für adäquates Risikobewusstsein. Der Hebel für das Geschäft würde für die Banken dadurch zwar kürzer, aber zugleich kraftvoller, weil vertrauensbildend.*

4. Stärkung der Eigenkapitalausstattung sichert Bonität und Zugang zu Kredit!

Der Zugang zum Kapitalmarkt bei der Beschaffung von Eigenkapital ist derzeit stark beeinträchtigt. Außerbörsliches Eigenkapital ist für Unternehmen durch das Austrocknen des Beteiligungsmarktes kaum noch erhältlich. Zugleich hat die Wirtschafts- und Finanzkrise bei vielen Unternehmen die Haftkapitalbasis verringert. Die Eigenkapitalausstattung, vor allem im Mittelstand, ist im internationalen Vergleich unzureichend.

BDI-Position

- *Die deutschen Unternehmen benötigen zur Stärkung ihrer Krisenresistenz und zur Verbesserung ihrer Bonität mehr Eigenkapital. Das würde zugleich den Zugang zu Krediten erleichtern.*
- *Notwendig wäre eine „Eigenkapitaloffensive“, in der eine gestärkte Innenfinanzierung über die Thesaurierung von Gewinnen sowie die Zufuhr haftenden Eigenkapitals gebündelt werden.*
- *Die Bundesregierung sollte dazu vorrangig die in der letzten Legislaturperiode erarbeiteten Vorschläge zur Reform des Marktes für Beteiligungskapital aufgreifen. Mit einem umfassenden „Private-Equity-Gesetz 2.0“, das sich nicht nur auf den Bereich des Wagniskapitals beschränkt, kann die Basis für einen verbesserten Zugang zu Eigenkapital gelegt werden.*

5. Restriktive Kreditversicherung überwinden, Aufstockungsmodell rasch implementieren!

Die privaten Warenkreditversicherer haben ihren Versicherungsschutz deutlich zurückgefahren. Die Prämien und Eigenbehalte wurden zum Teil drastisch erhöht, gleichzeitig wurden erhebliche Limitkürzungen vorgenommen. Viele Unternehmen erhalten überhaupt keine Deckung mehr. Die Bundesregierung hat beschlossen, künftig einen Teil des Forderungsausfallrisikos zu übernehmen, den private Kreditversicherer krisenbedingt nicht mehr absichern („Top-up-Modell“).

BDI-Position

- *Durch fehlenden Deckungsschutz drohen eine Unterbrechung der gesamten Lieferkette und eine Beschädigung der Zulieferstrukturen. Die Angebotsverknappung im Warenkreditversicherungsgeschäft hat schon jetzt negative Auswirkungen auf die Fähigkeit und Bereitschaft von Unternehmen, Lieferantenkredite zu gewähren.*

- *Gleichzeitig verschlechtert sich die Bonität der Firmen, der Zugang zu Krediten wird weiter erschwert. Ein solcher Teufelskreis muss unbedingt durchbrochen werden.*
- *Wenn das von der Bundesregierung beschlossene Aufstockungsmodell wirken soll, muss es rasch implementiert werden. Den Unternehmen läuft die Zeit davon.*
- *Auch für den Unternehmenskreis, der derzeit überhaupt keine Deckung mehr bekommt, müssen geeignete Lösungen gefunden werden, wenn die Firmen im Kern gesund sind.*

6. Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung ausbauen!

Die deutsche Exportwirtschaft hat zunehmend Probleme, Exportgeschäfte zu finanzieren und abzusichern. Um die deutschen Ausfuhren wieder anzukurbeln, hat die Bundesregierung ihr Instrumentarium zur Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung durch ein umfangreiches Maßnahmenbündel, zuletzt über ein KfW-Programm zur Refinanzierung bundesgedeckter Exportkredite und die Absicherung von Kurzfristgeschäften in EU-/OECD-Ländern, der aktuellen Situation angepasst.

BDI-Position

- *Das Antragsverfahren für Avalgarantien muss vereinfacht werden, die Garantien müssen pauschal vergeben werden können. Mit einer Senkung des Selbstbehaltes auf etwa 10 % würde ein stärkerer Anreiz geschaffen, Avalgarantien nachzufragen.*
- *Für das Akkreditivgeschäft wird eine aufkommensneutrale Reform der Entgeltstruktur vorgeschlagen, die auch kleinere Transaktionsbeträge ermöglichen würde. Außerdem sollte eine solche Reform darauf abzielen, den vorab zu entrichtenden Preisanteil des Entgeltes zugunsten einer annualisierten Entgeltform zu reduzieren.*
- *Die in Teilbereichen geplante Erhöhung der Prämien der OECD-Exportkreditversicherer ist abzulehnen, da sie insbesondere den deutschen Mittelstand und in einem schwierigen Marktumfeld die Wettbewerbsfähigkeit auch der deutschen Exporteure zusätzlich belastet. Viel wichtiger wäre jetzt ein standardisiertes Hermesprodukt, damit auch Finanzierungen unter 1 Mio. Euro über Hermes abgedeckt werden können.*
- *Das Gesamtvolumen des KfW/ERP-Exportfinanzierungsprogramms für Entwicklungsländer sollte erhöht, die Größenbeschränkung im Einzelfall aufgehoben und das Entscheidungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden.*

7. Finanzmärkte mit Augenmaß regulieren, unerwünschte Nebenwirkungen auf die Realwirtschaft vermeiden!

Zur Rückgewinnung des Vertrauens an den Finanzmärkten ist eine grundlegende Neuausrichtung der globalen Finanzmarktordnung unerlässlich. Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass der Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte nicht mit den gestiegenen Risiken Schritt gehalten hat. Es gilt jetzt, die guten Vorsätze und Beschlüsse zügig in die Praxis umzusetzen, um eine nachhaltige Stabilisierung der globalen Finanzmärkte zu unterstützen. Zu warnen ist vor einem Rückfall in das sorglose Risikoverhalten, das die Finanzkrise ausgelöst hat.

BDI-Position

- *Im Mittelpunkt der Finanzmarktregulierung muss die Beseitigung offenkundiger Anreizverzerrungen stehen. Dazu müssen die geltenden Finanzmarktregeln grundlegend reformiert werden. Zentral sind überdies der schrittweise Aufbau einer globalen Finanzaufsicht, der Ausbau der Krisenfrüherkennung und erweiterte Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden zur Stabilisierung und Restrukturierung systemrelevanter Banken.*
- *Die Kapital- und Liquiditätsanforderungen der Banken müssen risikoadäquat angepasst werden, zugleich muss die Prozyklizität bei der Finanzmarktregulierung vermindert werden. Die Politik muss die Rückwirkungen ihres Tuns auf die Finanzierungssituation der Unternehmen im Auge behalten. Weiter steigende regulatorische Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Banken wären in der derzeit schwierigen Situation kontraproduktiv. Kapital- und Liquiditätsregeln müssen sorgfältig zwischen verschiedenen Geschäftsfeldern – etwa dem klassischen Unternehmenskreditgeschäft und dem Investmentbanking – unterscheiden.*
- *Die Reformanstrengungen sollten sich auf tatsächlich systemrelevante Produkte und Märkte konzentrieren. Unerwünschte Nebenwirkungen auf die Realwirtschaft, z. B. hinsichtlich der Regulierung der Derivatmärkte, müssen unbedingt vermieden werden. Überzogene Anforderungen an die Standardisierung, Regulierung und Unterlegung von OTC-Derivaten würden die Risikoabsicherung der Wirtschaft empfindlich verteuern.*

8. Aufsichtsstrukturen in Deutschland und Europa optimieren!

Die Zersplitterung der weltweiten Finanzaufsichtssysteme hat maßgeblich zum Ausbruch der globalen Krise beigetragen. Der G20-Gipfel von Pittsburgh hat noch einmal die Stärkung der internationalen Aufsichtsstrukturen für den Finanzsektor bekräftigt. Auf EU-Ebene werden die politischen Weichen zu einer effektiveren Banken-, Wertpapier- und Versicherungsaufsicht gestellt. Zugleich werden institutionelle Vorkehrungen getroffen, um systemischen Risiken künftig frühzeitig entgegenzuwirken. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht vor, die Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank anzusiedeln.

BDI-Position

- *Angesichts der hohen und weiter steigenden Bedeutung grenzüberschreitender Finanzstrukturen muss die Koordinierung der Aufsicht, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Zentralbanken und Aufsichtsbehörden auf europäischer und globaler Ebene intensiviert werden. Die Einrichtung des Systemrisikorates ist eine wichtige Etappe.*
- *Zur effektiveren Krisenprävention sollten die Kompetenzen der Finanzmarktaufsicht in Deutschland in einer Hand gebündelt werden. Dabei ist möglichen Interessenkonflikten zwischen Geldpolitik und Aufsicht unbedingt vorzubeugen. Die bisherige rechtliche Unabhängigkeit der Bundesbank darf durch neue hoheitliche Zuständigkeiten nicht beeinträchtigt werden.*

9. Bilanzierung von Finanzinstrumenten krisenfest machen!

Die G20 haben sich verpflichtet, die Konvergenz der Rechnungslegungssysteme zu befördern und die Krisen verschärfenden Wirkungen der Bilanzierung zum Zeitwert („Fair Value“) einzudämmen. Dazu sollen die einschlägigen Standards zur Bewertung von Finanzinstrumenten – in Europa der IAS 39 – zügig überarbeitet werden.

BDI-Position

- *Bei der derzeitigen Reform der Bewertung von Finanzinstrumenten drohen die Vorstellungen diesseits und jenseits des Atlantiks auseinanderzulaufen. Der IASB ist daher in seinen Bemühungen zu unterstützen, eine die Interessen aller "Stakeholder" berücksichtigende Überarbeitung des IAS 39 zu leisten.*
- *Das bisher erreichte Ergebnis weist in die richtige Richtung. Dennoch müssen noch wichtige Fragen für eine umfassende Überarbeitung des IAS 39 geklärt werden.*
- *Insgesamt darf es zu keiner Ausweitung der Fair-Value-Bilanzierung kommen, da diese nur für Finanzinstrumente sinnvoll ist, die kurzfristig weiterveräußert werden sollen.*

10. Lücke bei kapitalmarktrechtlichen Meldepflichten schließen!

Jüngere Entwicklungen haben gezeigt, dass das kapitalmarktrechtliche Offenlegungsregime lückenhaft ist. Marktteilnehmern ist es derzeit möglich, hohe Beteiligungen an Zielgesellschaften aufzubauen, ohne ihre Zugriffsmöglichkeiten offenlegen zu müssen. Dies führt zu negativen einzel- und volkswirtschaftlichen Effekten.

BDI-Position

- *Die Lücke bei den kapitalmarktrechtlichen Meldepflichten geht auf die EU-Transparenzrichtlinie zurück und muss geschlossen werden. Das „Anschleichen“ von Anlegern an Emittenten muss erschwert werden. Ein genereller Übernahmeschutz wird damit nicht verfolgt.*
- *Eine - auf längere Sicht - auch europaweit einzuführende Neuregelung muss neben mehr Transparenz allen Beteiligten auch Rechtssicherheit im Umgang mit den Meldepflichten verschaffen.*

Fazit:

Politik und Kreditwirtschaft sind gleichermaßen gefordert, alle zur Abwendung einer breitflächigen Kredit- und Liquiditätsklemme notwendigen Schritte zu unternehmen. Eine reibungslose Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft ist unverzichtbare Grundlage für Aufschwung und höhere Wachstumsdynamik.

Bei der dringend notwendigen Beseitigung bestehender Regulierungsdefizite muss die Gesamtwirkung verschärfter Anforderungen an die Krisenresistenz hinreichend beachtet werden. Regulatorische Verschärfungen müssen mit großem Gespür für die aktuelle Marktlage vorgenommen werden. Alle Maßnahmen müssen mit Bedacht und – soweit möglich – auf Basis einer adäquaten Abschätzung der Regulierungsfolgen diskutiert und verabschiedet werden. Auf möglicherweise unintendierte Nebenwirkungen – auch für die deutsche Industrie – muss dabei ausreichend Rücksicht genommen werden.

Der BDI konzidiert, dass das Zeitfenster für eine durchgreifende Regulierung der Finanzmärkte nicht beliebig lang ist. Trotzdem müssen die notwendigen Arbeiten mit größter Sorgfalt in Angriff genommen werden. Die auf dem letzten G20-Gipfel in Pittsburgh noch einmal bekräftigten Maßnahmen müssen in der Substanz umgesetzt werden. Nur durch einen verbindlichen globalen Rahmen kann die notwendige Stabilität der Finanzmärkte erreicht und damit die Voraussetzung geschaffen werden, dass sich der Staat nach den kurzfristig notwendig gewordenen Eingriffen zurückziehen kann.